

Neue Zürcher Zeitung

KOMMENTAR

Die FDP ist wieder da – gut so!

Während sich CDU und CSU wenige Monate vor der Wahl gegenseitig bekämpfen und die Bürger mit sinnlosen Corona-Massnahmen drangsalieren, empfehlen sich die Liberalen als Alternative für bürgerliche Wähler.

Marc Felix Serrao, Berlin

2 Kommentare →

13.04.2021, 18.58 Uhr



FDP-Chef Christian Lindner am Dienstag in Berlin.

Bernd von Jutrczenka / DPA

An diesem Dienstag hat das Bundeskabinett in Berlin die sogenannte Bundesnotbremse gezogen. Damit sollen künftig in ganz Deutschland ab bestimmten Corona-Inzidenzwerten einheitliche Verbote gelten – unabhängig davon, was irgendein Landespolitiker oder, Gott bewahre, Bürgermeister für richtig hält. Ab einem Inzidenzwert von 100 – gemeint sind bestätigte Neuinfektionen je 100 000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen – ist unter anderem eine Ausgangssperre von 21 Uhr bis 5 Uhr vorgesehen. Wer in diesen acht Stunden keinen medizinischen Notfall hat oder nachts arbeitet, muss zu Hause bleiben.

Über den Unsinn dieser kollektiven Freiheitsberaubung ist eigentlich alles gesagt worden: von Richtern, die lokal begrenzte Ausgangssperren als miserabel begründet und überzogen in der Luft zerrissen haben, von Aerosolforschern, die davor warnen, dass diese Massnahme nicht nur wirkungslos sei, sondern ein völlig falsches Bild von den wahren Ansteckungsgefahren der Pandemie vermittele.

Nur in der deutschen Politik war es lange still. Erst in den vergangenen Tagen sind Vertreter der Opposition und vereinzelte Unions- und SPD-Politiker aufgewacht und haben Widerstand angemeldet. Die Ausnahme war die FDP. Sie hat schon früh und in aller gebotenen Deutlichkeit protestiert. Ausgangssperren seien nicht nur hier und da, sondern immer unverhältnismässig, sagte warnend der Parteichef Christian Lindner schon vor einem Monat. Und mit ihm widersprachen unzählige FDP-Politiker dem autoritären Furor der Stunde.

Ein besseres bürgerliches Angebot

Möglicherweise wird der Protest die Gesetzesverschärfung nicht verhindern. Zu gross scheint der Wille der Regierungskoalition zu sein, angesichts steigender Inzidenz- und sinkender Umfragewerte Durchsetzungskraft zu demonstrieren. Trotzdem ist Widerspruch wichtig. Einmal grundsätzlich: Jedes demokratische System braucht mindestens eine Kraft, die Freiheitsrechte auch dann verteidigt,

wenn es unbequem wird und Meinungsumfragen in eine andere Richtung weisen. Und einmal konkret, bezogen auf Deutschland im Wahljahr: Es ist gut, wenn bürgerliche Wähler mindestens einer nichtlinken Partei ihre Stimme geben können, die diese Rechte hochhält. CDU und CSU sind in dieser Hinsicht, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ein Ausfall. Und die AfD irrt auf dem Corona-Feld genauso planlos umher wie sonst auch. Mal reden ihre Wortführer eine Diktatur herbei, mal erklären sie die Pandemie vorzeitig für beendet.

Die FDP vertritt indes schon seit Monaten Positionen mit Augenmass. Sie leugnet nicht die Gefahr des Virus, fordert aber, wo es möglich ist, ein differenziertes staatliches Vorgehen. Warum, fragte sie beispielsweise schon vor Beginn der jüngsten Zwangsschliessungen, soll ein Gastronom dichtmachen müssen, der alles Erforderliche tut, um Gäste und Angestellte vor Ansteckungen zu schützen? Warum, fragte sie schon im September, gibt es noch keine flächendeckenden Schnelltests und weshalb sollen die Bürger diese nicht selbst machen dürfen? Es ist auch die FDP, die seit Monaten jenen Wortverdrehern widerspricht, die Grundrechte in «Privilegien» verwandeln wollen, die der Staat in seiner Güte «zurückgibt».

Wieder im zweistelligen Bereich

Mit diesem Kurs mag die FDP in Deutschland keine Chance haben, zur Volkspartei zu werden. Aber es gelingt ihr offenkundig, eine Minderheit anzusprechen, die so signifikant ist, dass zumindest ihr Wiedereinzug in den Bundestag sicher zu sein scheint. Nachdem die Partei im vergangenen Jahr monatelang knapp oberhalb der Fünfprozenthürde herumgekriecht ist, befindet sie sich in den Umfragen mancher Demoskopieinstitute inzwischen wieder im zweistelligen Prozentbereich. Die klare Haltung in der Pandemie dürfte der Hauptgrund für diese Erholung sein.

Es gibt natürlich noch weitere Gründe. Während die Union so führungslos und desorientiert wirkt wie lange nicht, ist Christian Lindner als Parteichef

unangefochten. Zugleich hat sich der Ruf der FDP als Ein-Mann-Veranstaltung überholt. Die Partei hat heute eine ganze Reihe interessanter Köpfe, und damit ist nicht nur der weisshaarige Wüterich Wolfgang Kubicki gemeint.

Der Generalsekretär Volker Wissing hat sich binnen weniger Monate einen Namen gemacht, vor allem mit scharfen Widerworten an alle Unionspolitiker, die versuchen, die FDP wegen ihrer Kritik an der Corona-Politik als «AfD light» darzustellen. Und auch an den Flügeln der Partei tut sich etwas.

Die eher linken Liberalen haben mit Konstantin Kuhle und Johannes Vogel zwei talentierte Wortführer, und die eher Konservativen haben mit Oliver Luksic einen Vertreter, der nicht nur für sein Leben gerne politische Korrektheiten hochnimmt, sondern auch dem Verkehrsminister von der CSU wegen der gescheiterten Autobahn-Maut bei jeder Gelegenheit und mit Wonne das Leben schwermacht. Die Vertreter beider Flügel sind vielleicht nicht beste Freunde. Aber sie halten ihre Differenzen aus, zumindest öffentlich. Und was den Schutz von Freiheitsrechten in der Pandemie angeht, sind sie sich einig.

Bis zur Wahl in fünfeinhalb Monaten kann noch viel passieren. CDU und CSU können sich aufrappeln, und FDP-Politiker können irrlichtern. Aber derzeit führt die Union ein Trauerspiel auf. Und die Liberalen füllen die Lücke mit jedem Tag ein bisschen besser.

2 Kommentare

Stephan Reihle vor etwa einer Stunde

Politiker haben es nicht leicht. Da haben wir schon ein Super-Wahljahr, und dann lenkt dieses rücksichtslose Virus die Aufmerksamkeit von den wirklich wichtigen Dingen des Lebens ab auf sich. Zeigt man dann mal Entschlossenheit und versucht, die Situation mit der großen Keule zu klären, kommt wieder so ein Querulant und verlangt evidenzbasierte Maßnahmen - als wenn dafür Zeit wäre! Die Beschlüsse sind ein Skandal. Die inzwischen Millionen Geipfter wegzusperrern ist m.E. rechtswidrig, die Gastronomen und Künstler, die mit diesem (langsam) wachsenden Personenkreis wenigstens etwas Geld verdienen könnten, an der Ausübung ihrer Berufe zu hindern, brutal. Bleibt

abzuwarten, was die überwiegend links orientierte Medienlandschaft gegen eine wieder erstarkende FDP unternehmen wird. Ich bin aber zuversichtlich, dass sich wieder irgendeine "Klientelpolitik" finden lassen wird. Moment - würde eine teilweise Öffnung nicht v.a. Hoteliers und Gastwirten helfen?

1 Empfehlung

Ralf Weber vor 37 Minuten

Teil 2 Notstand - Parlamente ausgebremst, Ministerpräsidenten entscheiden ohne Parlamente -
Machen Verordnungen die eigentlich Gesetze sein müßen ganz alleine. Kanzler macht Kungelrunde
ohne jede Legitimation des GG. Grundrechtze werden praktisch auf Null abgeschafft. Also FDP
kommt diesmal bitte mit echten Argumenten und bleibt auch dabei. Seit endlich auch offen für
andere Alternativen, die wesentlich demokratischer sind als zur Zeit etwa die CDU. Nur mal so. Ende
Teil 2

Alle Kommentare anzeigen

Mehr zum Thema

Wettbewerb statt Verbote, weniger Steuern und Digitalisierungsturbo: So will die FDP regieren

Das Wahlprogramm der Liberalen zeichnet das Bild eines satten und trägen Staates, der seiner Entschlackung harrt. Es enthält einige vielversprechende Punkte, doch lässt es bisweilen liberale Staatsskepsis vermissen.

Anna Schneider, Berlin 13.04.2021



DER ANDERE BLICK

Kein Mensch braucht eine liebe FDP

Christian Lindner hat die einzige liberale Partei in Deutschland wieder aufgebaut, als sie am Boden lag. Nun droht abermals der Absturz. Es wäre wohl der letzte. Selbst schuld.

Marc Felix Serrao, Berlin 18.09.2020



KOMMENTAR

Der Traum vom internierten Bürger: Warum man autoritären Politikern wie Markus Söder widersprechen muss

Der bayrische Ministerpräsident würde am liebsten in ganz Deutschland eine nächtliche Ausgangssperre verhängen. Dabei gibt es keinen Beleg dafür, dass diese Form der Freiheitsberaubung etwas bringt. Wenn überhaupt, dann dient sie seinem Inszenierungsfuror.

Marc Felix Serrao, Berlin 07.04.2021



DER ANDERE BLICK

Johnson top, Merkel Flop – das Berliner Corona-Debakel und seine tieferen Ursachen

Grossbritannien, Israel und die USA glänzen mit ihrer Impfkampagne. Deutschland hängt in der Endlosschleife des Lockdowns fest. Das ist kein Zufall. Manche Staaten handeln wie Unternehmer, andere wie Bürokraten.

Eric Gujer 26.03.2021



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.